

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

LUDWIG DEHIO

Die deutsche Politik an der Wegegabel

Mit Genehmigung der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, übernehmen wir aus der Zeitschrift für Internationale Fragen „AUSSENPOLITIK“ (Heft 8, August 1955) den folgenden Beitrag von Professor Ludwig Dehio:

Zum drittenmal in einem halben Jahrhundert steht Deutschland vor einer Wegegabel seines Schicksal. Zweimal hat es einen Irrweg gewählt, egozentrisch seine Möglichkeiten überschätzt, das alte Europa wie sich selbst an den Rand des Nichts gebracht. Es hat ungewollt als Katalysator eines völlig neuen Weltzustandes gewirkt, über der zerstörten Mitte die beiden Giganten der Außenräume emporwachsen lassen, die die Welt, Europa, Deutschland in zwei Teile zerrissen haben. Das Ausgreifen der USA in Europa und Asien ist ebenso Folge der beiden deutschen Hegemonialkriege wie das Ausgreifen Rußlands, ja Deutschland ist geradezu im ersten Weltkriege Geburtshelfer des Bolschewismus gewesen, bevor es im zweiten sein Schrittmacher wurde.

Auf einer alten Sonnenuhr heißt es von den Stunden: *vulnerant omnes — ultima necat*. Das könnte auch von den europäischen Hegemonialmächten gelten — die letzte, die deutsche, hat das europäische System getötet.

Hat Deutschland seine Rolle als weltgeschichtlicher Katalysator verstanden? Es wird sich zeigen. Denn heute kommt die abgestürzte Nation nach unwahrscheinlichem Aufstiege zum drittenmal in die Lage, ihren Weg zu wählen: Die Sibylle bietet ihm das dritte und letzte Buch zum Kaufe an. Der Preis freilich für späte Erkenntnis ist nur um so höher geworden!

Glück im Unglück war erforderlich, um uns in die heutige günstige Lage zu bringen. Denn Glück war es, daß der Großteil des Reiches 1945 dem Westen zufiel und damit seinen Bewohnern ohne ihr Zutun bürgerliche Freiheit in einem Maße, das ihnen seit 1933 fremd geworden. Und Glück war es, daß die siegreichen Riesen unter sich zerfielen und die Vereinigten Staaten den Besiegten umwarben, um zunächst ihren Anteil an dem geborstenen Reiche zur Bastion auszubauen, bis sie etwa den Eisernen Vorhang zu-

rückrollen und dabei das ganze Deutschland zusammenfügen möchten. Nur so konnte sich die Bundesrepublik derart festigen, daß sie, des amerikanischen Spaliers nicht mehr bedürftig, nach eigener Wahl die Richtung ihres weiteren Wachstum zu bestimmen vermag.

Sie erklärt nunmehr als zugleich höchstes wie dringendstes Ziel ihrer Politik die Wiedervereinigung, mit dem nachgeschalteten Zusatz „in Freiheit“. Was sie fortan auch unternimmt — sie hat es zu rechtfertigen als Mittel zu jenem Zwecke. Damit ist der so natürliche und gewohnte Primat des Nationalen programmatisch aufs neue festgelegt — in einer Formulierung, die den Blick zurücklenkt bis 1848 und zur Paulskirche, d. h. in eine Zeit, in der weniger die bürgerliche Freiheit Problem war als die Einheit. Ist dem aber noch heute so? Ist uns nicht von primärer Bedeutung, ob ein Volk frei oder gefesselt ist, erst von sekundärer, ob es — so oder so — auch die Einheit genießt? In der Tat, in der Formulierung des Programmes liegt der Dolus eventualis, es könne die Einheit ein Vorfahrtsrecht beanspruchen vor der Freiheit, es könnten die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zurücktreten vor denen des 19.

Aber solange das Wort Freiheit — bürgerliche, nicht staatliche —, wenn auch im Beiwagen untergebracht, mitfährt, ist dem Dolus eine Schranke gesetzt, eine mehr oder weniger hohe, je nachdem bei der Wahl der Mittel zur Erreichung des Zieles der Akzent mehr auf dem Begriffe der Einheit oder mehr auf dem der Freiheit gesetzt wird. Insofern entsteht eine echte Wegegabel: die eine Straße führt gradlinig auf das nationale Ziel zu, die andere mit dem Umwege über die abendländische Solidarität, und zwar als eine Dauererscheinung.

Betrachten wir die zweite Möglichkeit zuerst. Sie ist gänzlich fremd der Geschichte des abend-

ländischen Nationalstaates, am fremdesten der Geschichte des deutschen hegemonialen, weil das jeweilige Hegemonialvolk definitionsgemäß am weitesten entfernt ist von solidarischer Anwendung. Aber echte Überzeugungskraft erhält der Gedanke der Solidarität gerade durch das furchtbare Scheitern unserer Hegemonie, sodann durch die Erfahrungen, die uns in den ersten Jahren nach der letzten Katastrophe eingehämmert wurden: nur solidarischen Anstrengungen gelang die Überwindung des deutschen Totalitarismus, wie die Eindämmung des russischen. Beide Male haben die Angelsachsen, entscheidend die Amerikaner, die Führung gehabt, sind beide Male in

INHALT DIESER BEILAGE:

Ludwig Dehio:

Die deutsche Politik an der Wegegabel

Walter S. Robertson:

Die Vereinigten Staaten blicken nach Süd- und Südostasien (S. 552)

G. F. Hudson:

Taifun-Küste (S. 554)

ihrem Bereiche das Rückgrat der Freiheit gewesen: kein Fußbreit Boden auf unserem Festlande, dessen Freiheit nicht ihnen verdankt würde. Das heißt also: auch unsere Wiedervereinigung in Freiheit, die Bewahrung abendländischen Menschentums in Deutschland setzt feste Bindung an die Angelsachsen voraus, und jede Lockerung gefährdet sie, wenn nicht sofort, dann auf die Länge.

Nun ist freilich diese Vision der abendländischen Solidarität nicht gleichzeitig entstanden mit der Formulierung jenes Programmes der Wiedervereinigung. Sie wurde vielmehr schon

zuvor als elementare Notwendigkeit empfunden, als Westdeutschland noch um seine Existenz bangte, ohne daß sich die Forderung nach Wiedervereinigung deutlich hervorwagte, als wir vielmehr nur an der Seite der anderen freien Europäer in einem integrierten Europa eine Zukunft vor uns sahen und nur an der Seite des gemeinsamen amerikanischen Protektors, der für alle freien Festländer wirtschaftliche wie militärische Rettung bedeutete und in potenziertem Maße für die deutsche Exklave Westberlins.

Wenn also Wiedervereinigung, so nur im Zuge erhoffter Zurückdrängung des Bolschewismus auf breiter Front, als Teilergebnis allgemeiner und solidarischer Befreiungsaktion. Damals hörte man oft Bekenntnisse zur klaren Option zwischen Ost und West, selbstredend für den Westen, einer Option, der aus dem Wege zu gehen bis dahin geradezu das Charakteristikum unserer Politik in diesem Jahrhundert gewesen war. Und gewiß nicht nur aus machtpolitischer Berechnung erfolgten sie: die Welle religiöser Einkehr war noch nicht im Verebben, noch nicht konfessionell gebrochen.

Diese ältere abendländische Vision bildet auch heute noch den Hintergrund bei der Forderung der Einheit unter Akzentuierung der Freiheit. Sie führt zu einer Hierarchie der beiden Werte und erteilt den Vorrang dem der Freiheit. Ist diese doch das Allgemeine und nur als gemeinsamer Besitz der freien Völker solidarisch zu erhalten. Die Einheit aber ist das Besondere, wertlos ohne die Freiheit und ihr also in doppeltem Sinne unterzuordnen.

Anders freilich empfinden diejenigen, die den Akzent auf das nationale Sonderziel der Einheit setzen, wozu ja eigentlich die Formulierung des Programmes auffordert, und die es um so entschlossener tun, je günstiger sich unsere wirtschaftliche und politische Sicherheit entfaltet — dank der wirtschaftlichen und militärischen Anstrengungen von Amerika und ebenso dank der sanfteren Taktik des Kremls schon seit dem letzten Lebensjahre Stalins. Sie fühlen sich getragen von den Überlieferungen unserer Geschichte, die zu ihrer Größe emporgewachsen ist in einer Mittelstellung zwischen Ost und West, durch das Prinzip der freien Hand. Warum nicht zu dieser Überlieferung zurückkehren? Folgerungen aus der jüngsten Katastrophe freilich sind unvermeidlich auch bei dieser Einstellung. Aber sie beschränken sich darauf, unter keinen Umständen aufs neue militärische Mittel einzusetzen, auch unter keinen Umständen hegemonialer Hybris zu verfallen, sondern eben nur nach dem Maße der eigenen Kräfte diplomatisch aufs neue eine bewegliche Rolle zwischen Ost und West zu kreieren. Sie machen es den USA gerade zum Vorwurf, daß sie uns wieder auf den Weg eines neuen Militarismus zu drängen suchen und dem Risiko eines neuen Weltkrieges aussetzen, dem zu entgehen ein Grundgebot nüchternen deutscher Politik sein müßte. Denn was hilft der Verzicht auf eigene Hegemonie, wenn man sich für eine fremde zu schlagen genötigt wird, und als Landsknecht auf verlorenem Posten?

Dieser Einstellung erscheint die friedliche Gewinnung der Einheit durch eine streng nationale Politik durchaus möglich: bei wendiger Ausnutzung der klaffenden Gegensätze zwischen den Giganten. Schon Hitler hatte bis in seine letzten Stunden auf diese Gegensätze spekuliert. Was damals Fantasterei war, soll jetzt Realpolitik werden.

Die Rechnung wirkt suggestiv auf Nationalisten wie Pazifisten, auf industrielle Kapitalisten wie auf Sozialisten jeder Schattierung bis zum Kommunismus hinüber. Sie enthüllt den Nationalismus in einem ganz neuartigen Spätstadium: seine kämpferischen Jünglings- und Mannesjahre sind dahin — aber seine überraschende Verbindung gerade mit der Gewaltlosigkeit verleiht ihm eine neue Anziehungskraft! Er sammelt um seine Fahne, die so viel blutige Opfer eingefordert hatte, nunmehr gerade auch diejenigen, die sich gegen ihre Wiederholung sträubten, geleitet von Idee wie Interesse. Nationale Wiederherstellung ohne militärische Anstrengung: diese Sammelparole entfaltet gewiß auch außerhalb Deutschlands werbende Kraft, und überall auf dem Festlande lockt das Zauberwort, das Wohlwollen der östlichen Vormacht zu gewinnen durch die Lockerung der Bindung an die westliche. Aber in dem abgestürzten und zerteilten Deutschland findet jene Parole ihr mächtigstes Echo. Ist doch die Dynamik der deutschen Frage seit 1900 überlegen der jeder anderen nationalen Problematik in Europa.

Inwiefern vermag sich aber auch dem selbständig nachdenkenden Deutschen, der zugleich vom Kommunismus nichts wissen will, die An-

wendung des Zauberworts zu empfehlen? Es bedarf dazu einer komplizierten Rechnung, deren einzelne Posten zusammenaddiert die gewünschte Gesamtsumme ergäben. Das Wunschbild strahlt eine eigenartige Interpretation aller politischen Verhältnisse auf dem Globus aus, um sich dann rückwirkend von solcher Interpretation bestätigt zu finden. Der Weg führt nicht von der Untersuchung der Weltverhältnisse zu der der deutschen, sondern von diesen zu jenen und in einer Kreislinie wieder zurück.

Dabei leben Hoffnungen auf dritte Kräfte in der Welt wieder auf, wie sie schon zu Beginn des Jahrhunderts unser Einschwenken auf den Weg der Weltpolitik ermutigt hatten. Schon damals suchten wir nach Bundesgenossen zwischen Rußland und Angelsachsen, vor allem bei den Farbigen, um dem Spiel der freien Hand wachsen zu sein. Wird sich diesmal solche Spekulation auf dritte Kräfte als mehr erweisen denn als typische Projektion europäischer Aufspaltungserfahrungen hinaus in die Welt? Bewirken wirklich die Ressentiments der Farbigen gegen die weißen Herrenvölker eigenkräftige politische Bindungen zwischen den großen Blöcken oder nicht vielmehr wesentlich die Desorganisation des freien Blockes zugunsten des kommunistischen? Bewirkt zumal wirklich der Aufstieg Chinas eine Desorganisation des kommunistischen Blockes durch die vermuteten chinesisch-russischen Fiktionen oder nicht vielmehr wesentlich seine Stärkung, wie sie vom Kreml seit Jahrzehnten vorausberechnet worden ist, mag auch vom chinesischen Satellitentum die Rede nicht sein?

„Der russische Bär frißt euch nicht“

Aber auch bei der Interpretation der beiden Giganten läßt sich die unbewußte Regie unserer Wünsche verspüren.

Rußland, so heißt es heute, fürchtet vor allem für seine eigene Sicherheit. Sein Interesse an Westdeutschland und Westeuropa beschränke sich darauf, den Ausbau bedrohlicher amerikanischer Brückenköpfe zu verhindern. Die russischen militärischen und politischen Anstrengungen seien nur das Echo der entsprechenden der Amerikaner. Die expansiven, altrussischen Tendenzen, die marxistische Weltmission? Sie seien nicht mehr aktuell: eine innere Wandlung habe in Rußland stattgefunden. Und demgemäß müßten auch wir unsere Vorstellung, die wir früher von der Rollenverteilung zwischen den Giganten hatten, wandeln. Früher, noch vor fünf Jahren, verspotteten wir wohl Roosevelts Vertrauensseligkeit Rußland gegenüber, die Deutschland so teuer zu stehen kam, verurteilten die leichtsinnige Abrüstung Amerikas und begrüßten seine Wiederaufrüstung in täglicher Sorge vor der Auswirkung des Schdanow-Kurses. Aber heute lassen wir uns beruhigen: „Der russische Bär wird euch nicht fressen; er weiß, daß er euch nicht verdauen kann.“ Heute fühlen wir uns viel eher von der Vorstellung eines vernichtenden Präventivkrieges belastet, den der amerikanische

Militarismus im Vertrauen auf seine Superwaffen entfesseln könnte.

Also ein totaler Umschwung in der Einschätzung der beiden Giganten! Er erstaunt weniger, wenn man das Gewicht der nationalen Wünsche ermißt, die sich in der Atmosphäre scheinbar zurückgekehrter Sekurität entfalten und das Pendel zurückschwingen lassen — wenn man sich vergegenwärtigt, wie zusammen mit dem Nationalismus, diesem Kinde des europäischen Staatensystems, auch die ganze Mentalität dieses verblichenen Systems der Bindungslosigkeit wieder auflebt und mit ihr die Erinnerung an die Zusammenarbeit mit Rußland, einem seiner Garanten — endlich, wenn man erwägt, daß die jüngste hegemoniale Geschichte Deutschlands am allerwenigsten eine Vorschule zur Solidarität darstellen kann.

Von diesem totalen Umschwung zeugt, daß wohl der amerikanischen Fehler in Jalta klagend gedacht wird, aber nicht mit Dank der bürgerlichen Freiheit, die doch ebenfalls die Angelsachsen gebracht haben — daß die Wiedervereinigung gefordert wird weniger von Rußland als vom Westen, dessen Pflicht es sei, uns zur Einheit zu verhelfen (warum ging sie verloren?) und zu unserem Recht auf Heimat (wie stand es in Europa vor 1945 mit dem entsprechenden Recht ande-

rer?) — daß der Westen zwar unsere Einheit von Rußland erkaufen müsse, nicht etwa, um uns als Verbündeten sich zu erhalten, sondern um uns zu verlieren, damit wir unsere bindungslose Unabhängigkeit zurückgewinnen, das Arkanum unserer klassischen Politik und zugleich Verheißung für unsere Wirtschaft. Denn worin müsse der Preis bestehen, den der Westen zu erlegen habe? In der Minderung seiner eigenen Sicherheit zur Beruhigung jenes russischen Bedürfnisses nach Sicherheit, im tunlichen Anschlusse an die vom Kreml formulierten Wünsche.

Daß dabei auch die deutsche Sicherheit Gefahr liefe, wird nicht allzusehr besorgt: „Der russische Bär frißt euch nicht.“ Daß dabei das Gleichgewicht auf der Welt, das für uns selbst lebenswichtig ist, verhängnisvoll gestört werden könnte, wird im Vertrauen auf die dritten Kräfte nicht allzu ernst genommen, oder gar im Vertrauen auf die UNO, die doch gar keine Willenseinheit bildet, sondern die Weltgegensätze widerspiegelt, die sie überwinden soll. Auch daß die Angelsachsen längst von dem Gipfel abgesunken sind, den sie 1945 innehatten, beunruhigt nicht oder wird nur bemerkt, um die Gefahr eines amerikanischen Präventivkrieges zu unterstreichen, kaum aber in den tieferen Zusammenhängen erkannt und etwa bloß mit Jalta erklärt. Sind wir doch allzusehr mit unseren eigenen Wünschen beschäftigt, um die drohende Gewichtsverlagerung zwischen den insularen und den kontinentalen Kräften zugunsten der letzteren ins Auge zu fassen: nämlich die Schrumpfung der insularen Macht durch die Erhebung der Farbigen, durch die Schwierigkeit, zuverlässige Verbündete zu gewinnen, wie es vor 1945 Jahrhunderte lang glückte, durch die Bummerangwirkung ihrer überlegenen Technik auf ihre insulare Sicherheit und auf ihren Kredit als Beschützer der Humanität usw. Während wir im stillen mit dem amerikanischen Interesse rechnen, unsere Freiheit zu beschützen, ohne daß wir dabei mithelfen, erwägen wir kaum den Widerspruch einer parasitären Taktik, die durch egoistische Absonderung diejenige Macht schwächt, auf deren Stärke sie sich gleichzeitig verläßt —, erwägen nicht, daß listiges Schaukeln zur Dummheit wird,

wenn dadurch das tiefliegende Boot zu kentern droht, in dem wir als freies Volk mit allen anderen freien Völkern gemeinsam sitzen.

Und doch genügte zur Warnung die offen ausgesprochene Spekulation der russischen Staatsmänner auf die Sprengwirkung, die ein unter ihren Auspizien wiedervereinigtes Deutschland auf die Organisation des Westens ausüben werde. Sie erwarten von der Wiedervereinigung nicht Beruhigung, sondern Verwirrung. Sie gilt ihnen als Trumpfkarte des kommunistischen Spieles in Europa wie in Außereuropa die Bewegung der Farbigen, wobei die Verwendung beider Karten bislang aufs genaueste aufeinander abgestimmt werden konnte trotz der angeblichen Friktionen zwischen Moskau und Peking. Hier wie dort fühlt sich der Kommunismus stark ge-

Worin liegt die größere Gefahr? Die Antwort gibt jene Rangordnung der Begriffe Freiheit und Einheit, die wir bereits oben andeuteten. Ist die Einheit wertlos ohne Freiheit, diese aber zu bewahren nur durch solidarische Anstrengung, dann hieße es den zweiten Schritt vor dem ersten tun, wollten wir uns nicht für die Solidarität entscheiden. Der Schritt zur Einheit bliebe uns immer noch möglich und damit die Befreiung unserer Landsleute in der Zone und darüber hinaus die Rückführung der Flüchtlinge. Beim ungeduligen Vorwärtseilen auf der gradlinigen Straße aber droht die Freiheit zu Schaden zu kommen, wie 1933, nur nachhaltiger. Denn hülften wir in nationaler Egozentrik zum drittenmal dem Kommunismus indirekt voran, so gäbe es wohl keine Freiheitsmächte mehr, die uns vor den Folgen unseres Tuns bewahrten, wie sie es zum Teil nach der letzten Katastrophe noch vermochten. Die Türe wäre endgültig ins Schloß gefallen.

Bittere Erkenntnis! Aber hieße es nicht an Wunder glauben, wollten wir damit rechnen, die Konsequenzen des furchtbarsten Weltkrieges — und zwar des unseren! —, der über 50 Millionen Menschen das Leben, der vielfachen Zahl die

nug, zur Erreichung internationaler Ziele die Nationalismen in seinen Dienst zu nehmen.

Zusammenfassend: Das Risiko beider Wege, die zur Wahl stehen, ist ein ungeheures, wenn auch ein verschiedenes. Die Straße, die gradlinig dem nationalen Ziele zustrebt, kann dieses nur erreichen unter Gefährdung der Freiheit, mag auch ein naher Triumph zur Lockspeise dienen. Freude war in Trojas Hallen, als seine Bürger das unheilswangere hölzerne Pferd durch die Bresche hereinzogen, die sie freiwillig in den sichernden Mauerring gebrochen hatten. Die andere Straße aber, die dasselbe Ziel auf dem Umwege über dauernde westliche Solidarität zu erreichen strebt, führt zwar zur Sicherung der westdeutschen Freiheit, aber niemand vermag ehrlicherweise zu prophezeien, wann sie das Ziel der Einheit erreiche.

Bittere Erkenntnis

Freiheit gekostet und die Welt verwandelt hat, durch diplomatische Geschicklichkeit in Kürze von unseren Schultern zu schütteln?

Ungeduld und Mangel an Augenmaß, Kennzeichen unserer verspäteten Nation, sie haben zweimal die Wahl von Irrwegen verschuldet. Das dritte Mal ist uns bei Todesstrafe aufgegeben, zuerst kühl die Welt zu betrachten, um das rechte Augenmaß für die deutschen Dinge zu gewinnen, und sodann geduldig einen Schritt nach dem anderen auf dem Wege voran zu tun, für den wir uns entscheiden werden — nicht aber in den von Stresemann an der damaligen Opposition geißelten Fehler zu verfallen: nämlich nach Kinderart einen Wunschzettel für den Heiligen Abend zu schreiben, der aber auch alles enthält, was der Wünschende für ein Menschenalter zu bedürfen glaubt.

Die schmerzliche Selbstzügelung mag uns leichter fallen, wenn wir der Flucht aus unserer jüngsten Geschichte ein Ziel setzen, mit Erfahrungen unsere Neigungen bekämpfen, endlich wenn wir das halbverschüttete Erbe unseres abendländischen Wesens wieder zu Ehren bringen zur Veredelung nationaler Triebhaftigkeit.

WALTER S. ROBERTSON

Die Vereinigten Staaten blicken nach Süd- und Südostasien

Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut einer Rede, die der Unterstaatssekretär für Fern-Ost-Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Walter S. Robertson, am 8. August 1955 vor der Jahreskonferenz der Akademie für Außenpolitische Studien an der Johns-Hopkins-Universität anlässlich der „Konferenz über Süd- und Südostasien“ gehalten hat.

Ich freue mich, daß Sie mir Gelegenheit zur Teilnahme an der Jahreskonferenz der Akademie für Außenpolitische Studien der Johns-Hopkins-Universität gegeben haben.

Das sehr zeitgemäße Thema der diesjährigen Konferenz, „Nationalismus und Fortschritt in Süd- und Südostasien“, ist für das US-Außenministerium von großem Interesse. Es spricht aber auch mich persönlich ganz besonders an, da ja sehr viele der Probleme, die Sie hier erörtern werden, in meinen Tätigkeitsbereich innerhalb des Außenministeriums fallen.

Es bereitet uns, die wir uns namens der Regierung um die Pflege der Beziehungen zwischen Amerika und Asien bemühen, aufrichtige Genugtuung, eine Gruppe von hochangesehenen Frauen und Männern in der wissenschaftlichen Welt zu wissen, die aus privater Initiative das gegenseitige Verständnis zwischen Asiaten und Amerikanern zu mehren und die Beziehungen untereinander zu stärken suchen.

Man hat mich gebeten, zu dem Thema „Die Vereinigten Staaten blicken nach Süd- und Südostasien“ zu sprechen.

Wenn man als Amerikaner nach diesem unermesslich weiten Gebiet blickt, so wird man sofort, wie ich wohl nicht erst zu betonen brauche, auch eine ganze Reihe von Problemen, Bestrebungen und Bewegungen gewahr. Einige der wichtigsten unter ihnen werden, wie ich Ihrem Programm entnehme, auch auf dieser Jahreskonferenz zur Debatte stehen: die Nachwirkungen des Kolonial-Imperialismus, die Entstehung eines Nationalbewußtseins und die Verbreitung des Kommunismus.

Der Wind kann nicht lesen

Was ich heute hier vor Ihnen ausführen werde, sollte im Zusammenhang mit jener einen, alles überlagernden Frage gesehen werden, auf die man im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine schlüssige Antwort geben kann. Diese Frage lautet: Ist die gegenwärtige Periode des Entgegenkommens und der Aufhellung, die wir im Augenblick erleben, nur eine kurze Phase oder haben die Sowjets und ihre kommunistischen Verbündeten nicht nur ihre Taktik sondern auch ihren Sinn geändert?

Es gibt ein altes japanisches Sprichwort, das vielleicht ganz gut hierher paßt. Es besagt in etwa, daß im Garten eine Tafel stehe mit der Inschrift: Pflücken der Apfelblüten verboten; da der Wind nun aber nicht lesen kann, fegt er die ganzen Blüten von den Bäumen.

Während der gesamten zehn Jahre seit Ende des zweiten Weltkrieges gleicht das Verhalten der kommunistischen Machthaber dem des Windes, der nicht lesen kann und deshalb die Apfelblüte vernichtet. Sie haben die Regeln und Verträge, denen gesetzliebende Völker und Staaten gehorchen, ignoriert und durch ihr Vorgehen viele Nationen ihrer Freiheit beraubt.

Nun kann der Wind plötzlich lesen. Was hat das zu bedeuten? Hat der Wind plötzlich nachgelassen oder hat er seine Hauptrichtung geändert?

Noch kann man keine Antwort auf diese Fragen geben.

Obgleich für den amerikanischen Beobachter keine Frage in Asien und insbesondere in Südostasien mehr Gewicht hat als die der kommunisti-

schen Drohungen mit Aggression und Umsturz, verstehen wir doch, daß die kommunistische Drohung für die meisten Politiker und Völker dieses weiten Gebietes nur eine Angelegenheit von sekundärer Bedeutung ist, und daß ihre Interessen und Gefühle um solche Fragen wie „Kolonialpolitik“, „Nationalismus“ und „Neutralität“, kreisen.

Gefühl für Einigkeit wenig entwickelt

Warum ist dies der Fall? Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, müssen wir einen Blick auf die Geschichte dieser Länder werfen, die größtenteils erst in jüngster Zeit die Fremdherrschaft abgeschüttelt haben. Die Männer, die heute an der Spitze dieser selbständig gewordenen Staaten in Asien stehen, sind in fast jedem einzelnen Falle dieselben Männer, die den Kampf um die Unabhängigkeit anführten. Ihr eigenes Leben und das ihrer Landsleute war der Erringung der Freiheit von Kolonialherrschaft geweiht. Ihr ganzes Denken war darauf ausgerichtet, die Kolonialmächte als das einzige Hindernis zur Befreiung und zum Fortschritt ihres Landes anzusehen. Und sie hatten wenig Zeit und Neigung, sich Sorgen über Gefahren von anderer Seite oder über andere Bedrohungen zu machen, die sich nicht unmittelbar auf ihren langwährenden und ihnen vertraut gewordenen Kampf für die Befreiung von der Kolonialherrschaft bezogen. So ist es nur natürlich, daß ihnen die Einsicht schwerfällt, daß der alte Feind — der Kolonial-Imperialismus des Westens — tot ist und daß sie sich nunmehr gegen einen größeren tödlichen Feind zu wenden haben.

Diese ausschließliche Beschäftigung der Asiaten mit ihrem eigenen Ringen um die Unabhängigkeit, führte dazu, daß diese Länder ein beachtliches Wissen über ihre früheren Kolonialherren erworben haben und dafür nur sehr wenig über ihre eigenen Nachbarn wissen. Alle Asiaten sind im Prinzip gegen jedwede Kolonialherrschaft; aber nur sehr wenige haben mit wirklichem Interesse die Entwicklungen anderer asiatischer Länder verfolgt, und noch weniger haben Verständnis für die Bedürfnisse und Bestrebungen ihrer Nachbarn entwickelt, mit denen sie eigentlich engstens zusammenarbeiten sollten. Deshalb ist das Gefühl für Einigkeit zu wenig entwickelt, deshalb herrscht so geringes Verständnis für die Chancen, die die kollektive Sicherheit für das freie Asien birgt, und deshalb auch zeigt jedes einzelne Land die Neigung, sich völlig isoliert und allein zu fühlen.

So sind also viele Asiaten in ihrem Denken noch immer ausschließlich mit dem Kolonial-Imperialismus beschäftigt, ein Wort, das sie auf die Besetzung und Beherrschung ihrer Länder durch Europäer anwenden. Was ist nun aus dem Kolonial-Imperialismus geworden? Die Wahrheit ist, daß der westliche Kolonial-Imperialismus vor vielen Jahren bereits in eine Periode des Niedergangs eingetreten ist, eines Niedergangs, der sowohl durch den wachsenden Widerstand der Asiaten als auch durch eine Änderung der Einstellung der Kolonialmächte selbst ausgelöst wurde. Die Konzeption, daß es durchaus an der Ordnung sei, wenn ein Volk über ein anderes herrscht und es ausbeutet, wurde im Westen bereits während des vergangenen Jahrhunderts stark angegriffen und verlor von da an ständig an Boden. Etwa in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts war

die Frage in den meisten Ländern, die Kolonien besaßen, gar nicht mehr so sehr, ob man den Kolonien die Unabhängigkeit gewähren sollte, sondern wann und wie man ihnen diese Unabhängigkeit geben könne. Der zweite Weltkrieg, der für den Westen ganz eindeutig ein Kampf zur Verteidigung der Freiheit des Menschen war, brachte das Ende des Kolonial-Imperialismus als eine mögliche Konzeption des Westens.

Ich möchte in diesem Zusammenhang mit Nachdruck darauf verweisen, daß die zahlreichen Länder, die ihre Freiheit in den vergangenen Jahren gewonnen haben, diesen Erfolg einmal der Tatsache verdanken, daß die Freiheit der Wunsch des Volkes dieser Länder war, und zum anderen dem Umstand, daß die ehemaligen Kolonialmächte ihre Einstellung in dieser Frage geändert hatten. Ich kenne keinen einzigen Fall, in dem der Kommunismus, sei es der Kommunismus im Innern oder sei es kommunistische Hilfe von außen, eine maßgebliche Rolle bei der Erringung der Unabhängigkeit eines Landes gespielt hat. Ganz im Gegenteil, der Kommunismus hat die echte Unabhängigkeit verschiedener Länder in Asien zunichte gemacht und bedroht alle anderen Völker mit jedem nur ihm zu Gebote stehenden Mittel, angefangen von Umsturzversuchen über bewaffnete Revolten, bis zur Aggression von außen her.

Die Länder des freien Asiens und die Männer, die an ihrer Spitze stehen, sehen sich vor gewaltige Aufgaben gestellt.

Ziel des Kommunismus

Alle diese Völker leiden mehr oder weniger große Armut und unter dem Mangel an Erziehungsgelegenheiten, die Volksgesundheit läßt überall viel zu wünschen übrig. Und was vielleicht am wichtigsten ist, die große Mehrheit leidet unter einem Mangel an Erfahrung in der Lösung organisatorischer Probleme. Der neue Kolonial-Imperialismus sucht aus dieser Sachlage Kapital zu schlagen. An sich sind die Länder im ganzen Bereich des freien Asiens keineswegs arm. Die meisten der neu entstandenen Staaten verfügen über Rohstoffquellen, die bei entsprechender Nutzung Hunderten von Millionen Menschen ein besseres Leben bieten können. Die meisten führenden Männer Asiens haben die Bedürfnisse ihrer Völker klar erkannt, und sie betrachten es als ihre Aufgabe, die ihnen so teure nationale Freiheit zu wahren, und gleichzeitig ihre brachliegenden Rohstoffquellen zum Wohle all ihrer Landsleute zu erschließen. Dies ist eine Aufgabe von so großer Bedeutung und von solchen Ausmaßen, daß sich die Völker Asiens fast verzweifelt einzureden suchen, sie könnten ihre gesamte Energie auf diese Aufgabe konzentrieren, und deshalb nur zögernd der Tatsache ins Auge sehen, daß sie und ihre Arbeit von einem unerbittlichen Feind bedroht sind, der sich ihre Vernichtung durch heimliche Mittel und auch durch Gewalt zum Ziel gesetzt hat.

Welchen Platz nehmen die Kommunisten in diesem Bilde ein? Das letzte Ziel des Weltkommunismus in Asien ist sehr leicht zu ermitteln, ist es doch identisch mit den letzten Zielen des Weltkommunismus auch anderswo. Die Kommunisten versuchen durch umstürzlerische Umtriebe oder Gewalt eine ihnen günstige einheitliche soziale Struktur zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, einerseits vorzugeben, jenen Staaten die ihnen zum Opfer fallen, die Unabhängigkeit zu bringen und dabei gerade jene Menschenrechte zu unterdrücken, die durch die Unabhängigkeit gefördert und gewährleistet würden. Diese einfache Wahrheit ist den Menschen in Osteuropa, auf dem chinesischen Festland, in Nordkorea und in Ho Tschu Minhs Vietnam schmerzlich bewußt, und Millionen haben die Freiheit in der Flucht nach den freien Ländern gesucht. Für diejenigen, die nunmehr in der Knechtschaft leben, kam die Erkenntnis der Wahrheit über den Kommunismus in tragischer Weise zu spät.

Im freien Asien gewinnt diese Erkenntnis noch langsamer an Boden. Dies ist zum Teil wohl darauf zurückzuführen, daß das wahre Gesicht des Kommunismus nicht unmittelbar zu sehen und allgegenwärtig ist, zum Teil darauf, daß die zynischen Versprechungen der Kommunisten bezüglich der Errungenschaften, die der Kommunismus bringen wird, bei diesen Völkern, die durch das Ausmaß und die Vielschichtigkeit ihrer Probleme entmutigt sind, Glauben finden, und zum Teil auch auf das tief verwurzelte asiatische Mißtrauen gegen den Westen. Es besteht Grund zur Hoffnung, daß die führenden Politiker Asiens in den letzten Jahren vieles gelernt haben, und daß der Kommunismus seine Chance, den Sieg

durch Umsturzversuche an sich zu reißen, verspielt hat. In keinem Staat im freien Asien üben die Kommunisten heute einen ernstzunehmenden Einfluß aus, wie die Konferenz von Bandung eindeutig gezeigt hat.

Das freie Asien ist also ein großes Gebiet mit neu entstandenen Staaten, das unter einem Mangel an Kapital und technischer Erfahrungen leidet und sich gleichzeitig eifrig bemüht, diese Probleme mit unzureichenden Mitteln zu lösen. Sie sind noch immer von Mißtrauen gegen jene Völker erfüllt, die als Repräsentanten des alten und so klar durchschauten Kolonial-Imperialismus gelten, und werden sich, wie es scheint, der Gefahren bewußt, die ihnen von seiten der Kommunisten drohen. Unsere Beziehungen zu diesen Ländern sind ohne Parallele, weil wir in einem gewissen Sinn die erste moderne Nation sind, die ihre Unabhängigkeit in einem Aufstand gegen eine Kolonialmacht errungen hat, eine Tatsache, die der Präsident von Indonesien anerkannte, als er in seiner Eröffnungsansprache zur Konferenz von Bandung das Gedicht Longfellows über den Ritt des Paul Revere zitierte. Wir haben uns, seit den Tagen unserer Revolution, gegen den Kolonial-Imperialismus gewandt, wo immer wir dazu Gelegenheit fanden, angefangen von der Aufstellung der Monroe-Doktrin bis zu unserem aufrechten Eintreten für die Vier Freiheiten. Auf Grund dieser geschichtlichen Tatsachen besaßen die Vereinigten Staaten in Asien im Jahre 1945 ein Prestige und genossen eine Achtung, wie kein anderes Volk je zuvor. Wir haben seit 1945 an Boden verloren, zum Teil deshalb, weil unsere Bemühungen, den vom Krieg heimgesuchten Ländern in Europa beim Wiederaufbau zu helfen, von einigen Asiaten als ein Hinweis darauf gedeutet wurden, daß wir den europäischen Kolonial-Imperialismus unterstützten, zum Teil auch weil es uns nicht gelungen ist, den Verlust des chinesischen Festlandes an die Kommunisten zu verhüten. Ein weiterer Grund hierfür ist in der Tatsache zu sehen, daß die Kommunisten und ihre Verbündeten eine Kampagne des Hasses gegen uns geführt haben, die sich auf eine völlige Entstellung unserer Motive stützte. Sie gingen dabei in der Weise vor, daß sie uns ihre eigene Absicht unterstellten, die Freiheit in Asien um irgendwelcher Vorteile willen zu unterdrücken.

Die Wahrheit ist, daß unsere Hoffnungen in bezug auf Asien heute noch die gleichen sind wie zu der Zeit nach dem Boxer-Aufstand, als wir allein es ablehnten, irgendwelche territorialen oder anderen Privilegien von dem darniederliegenden China zu verlangen und vielmehr die Erträge aus unseren Schadenersatzansprüchen auf die Erziehung junger Chinesen verwandten, um sie so in die Lage zu versetzen, ihrem Vaterlande besser zu dienen. Was wir in Asien anstreben, ist das gleiche, was wir überall zu erreichen suchen: eine Welt, die aus unabhängigen und verantwortungsbewußten demokratischen Ländern besteht, deren Regierungen sich der friedlichen Entwicklung ihres eigenen Landes und der Wohlfahrt und persönlichen Freiheit ihrer Bürger widmen. Wir handeln so, weil wir einzig in einer solchen Welt jenes Leben führen können, das wir zu führen wünschen. In diesem Bild ist kein Raum für Imperialismus oder Kolonialherrschaft und wir müssen sie deshalb beide weiterhin ablehnen.

Wandel im Herzen?

Der Kolonial-Imperialismus im hergebrachten Sinn ist tot oder liegt im Sterben. Der kommunistische Kolonial-Imperialismus dagegen ist sehr aktiv und wird sich weiter ausbreiten, wenn man ihm nicht Einhalt gebietet. Ein kurzer Blick auf die jüngste Geschichte wird die Richtigkeit dieser Erklärung beweisen. Wieviele Länder haben seit 1918 ihre Unabhängigkeit von Ländern des Westens gewonnen? Indien, Pakistan, Burma, Ceylon, Indonesien, die Philippinen, Vietnam, Laos und Kambodscha — ganz zu schweigen von den zahlreichen Ländern im Nahen Osten und Afrika.

Wieviele Länder haben umgekehrt ihre Freiheit, und zwar sowohl ihre nationale als auch ihre persönliche Freiheit, in der gleichen Zeit an den Kommunismus verloren? Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Albanien, Ostdeutschland, Festland-China einschließlich Tibets und der Mongolei, Nordkoreas und Nord-Vietnams.

Die Vereinigten Staaten haben die neuentstandenen Staaten Asiens in der Gemeinschaft der Völker willkommen geheißen. Sie haben ver-

schiedene Hilfsprogramme durchgeführt, um ihnen in ihrem Kampf um die Besserung ihres Loses zu helfen. Wir haben dabei nur jedes Hilfswerk auf Regierungsebene weitergeführt, das private amerikanische Bürger seit langem schon betrieben haben. Wir haben dies getan, und wir werden dies auch weiterhin tun, weil wir die Überzeugung hegen, daß diese Länder der Hilfe bedürfen, um jenen Grad des materiellen Wohlstands und des sozialen Fortschritts zu erreichen, der es ihnen gestattet wird, die Freiheit und Würde des Menschen, die wir als entscheidend wichtig für die Sicherheit der Welt erachten, selbst zu wahren. Wir unternahmen diese Schritte nicht, weil uns die Furcht vor den Kommunisten dazu veranlaßte. Unsere Einstellung zum Fortschritt in Asien ist positiv, nicht negativ.

Es gibt nur einen Grund, warum wir es für notwendig erachten, soviel Geld und Mühe auf die Verteidigung dieser Länder zu verwenden. Unsere Hilfsprogramme, unsere zweiseitigen Verteidigungsverträge, und unsere Unterstützung des Manila-Paktes dienen nicht, wie die Kommunisten behaupten, dem Zweck, Asien unter unsere Macht zu bekommen; sie sind vielmehr einzig darauf gerichtet, diesen Nationen bei der Wahrung ihrer Unabhängigkeit und bei der Entwicklung einer sich selberhaltenden Wirtschaft zu helfen. Selbst die größten Anstrengungen der Völker Asiens, ihre eigenen Länder zu entwickeln, und eine noch so große amerikanische Wirtschaftshilfe würden nicht ausreichen, den bewaffneten Kommunismus vom Überschreiten der Grenzen abzuhalten, wenn es an der notwendigen Stärke für einen erfolgreichen Widerstand gebricht. Die

Kommunisten streben nach der Eroberung Asiens, und wahrlich nicht zum Wohl seiner Völker.

Zusammenfassend sei gesagt, daß das freie Asien seinen langen Kampf gegen den Kolonial-Imperialismus alter Prägung abgeschlossen hat, oder gerade dabei ist, ihn zu beenden. Es steht nunmehr in den frühen Stadien eines anderen Kampfes von gleichgroßer Wichtigkeit und noch größerer Vielschichtigkeit, den Kampf gegen die jahrhundertealte Armut, gegen die Rückständigkeit in technischer Hinsicht und gegen Krankheit. Es braucht in diesem Kampf die moralische und materielle Unterstützung der westlichen Welt und der Vereinigten Staaten und wird diese auch erhalten. Dieser Kampf wird durch die aggressive Gegenwart des Weltkommunismus unermesslich erschwert, der immer wieder Asien mit seiner Propaganda über nichtvorhandene Übergriffe auf die wahre Freiheit überschwemmt, und diese Länder stets mit einer bewaffneten Aggression bedroht. Wenn auch in jüngster Zeit, wie wir gesehen haben, der Wind — die kommunistische Aggressionsdrohung — nachgelassen hat, und wenn auch die Kommunisten laut den Wunsch verkündet haben, in Frieden mit ihren Nachbarn zu leben, so ist doch die Zeit noch nicht reif, ein Urteil darüber zu fällen, ob es sich hier um einen Wandel im Herzen oder nur um eine andere Propagandataktik handelt. Wir müssen auf jeden Fall fortfahren, die asiatischen Völker in ihrem Streben nach Würde und Wohlstand zu unterstützen. Wir müssen sie ermutigen, an der Entwicklung ihrer Kapazität zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit weiterzuarbeiten und ihnen dabei helfen.

G. F. HUDSON

Taifun-Küste

Der folgende Aufsatz von G. F. Hudson wurde mit Genehmigung des Verlages der englischen Zeitschrift „THE TWENTIETH CENTURY“ (April 1955) entnommen.

Juni, zu früh; Juli, vor Dich sieh; August, kommen es muß; September, denke an den Kalender; Oktober, alles vorüber.

Das ist eines Seemanns Knüttelvers zur Mahnung an die Taifun-Monate in der chinesischen See. Heute könnte er sich fast auf die Möglichkeiten eines anderen Taifuns über der Formosastraße beziehen, in der amerikanischen Schlachtschiffe in ständiger Kampfbereitschaft pausenlos patrouillieren, ein Kampf, der vielleicht kommt oder auch nicht. Seit die hochdramatische Bedeutsamkeit der Kongreßbotschaft Präsident Eisenhowers die Aufmerksamkeit der Welt auf Formosa gelenkt hat, herrscht das Gefühl, daß die Spannungen nachlassen. Nachdem die Zuhörerschaft durch eine donnergleiche Ouvertüre auf große Ereignisse gefaßt war, hat sich überhaupt nichts ereignet, ausgenommen einige reibungslose Evakuierungen. Doch die Spannung besteht weiter. Draußen auf hoher See setzen die nationalchinesischen und amerikanischen Kriegsschiffe ihre Patrouillen fort, während in den Fukienhügeln russische Maschinengewehre eingebaut und neue Flugfelder angelegt werden. Die Befehlshaber jener in den Hügeln verborgenen Streitkräfte haben einen großen Vorteil: wenn es zum Kriege kommen sollte, dann sind sie es, die den Zeitpunkt und den Ort des Angriffs bestimmen werden; den die andere Seite ist verpflichtet,

nicht als erste anzugreifen. Aber auch sie wissen vermutlich nicht, ob der Rubikonn wirklich überschritten werden soll, das kann nur von Peking entschieden werden. Pekings Absichten aber sind in tiefstes Dunkel gehüllt. Inzwischen tobt der Nervenkrieg.

Sir Anthony Eden war nach seiner Rückkehr von der Bangkok-Konferenz und nach seinen Besprechungen in Rangoon und Delhi nicht in der Lage, dem Unterhaus irgend eine Aussicht auf eine internationale Konferenz über die Formosa-Situation zu eröffnen, deren Teilnehmerkreis dem kommunistischen China sowie den Vereinigten Staaten genehm wäre. Er erläuterte den Standpunkt der englischen Regierung über angemessene Feuereinstellungsbedingungen, die eine beiderseitige Erklärung über den Verzicht von Gewaltanwendung und die vorherige Evakuierung von Quemoy und Matsu durch die Nationalchinesen einschließen sollten. Doch mußte er zugeben, daß die Vereinigten Staaten zu diesen Bedingungen nicht verpflichtet wären. Und über die derzeitige, in eine Sackgasse geratene verwirrende Situation hinausschauend erklärte er hoffnungsvoll, daß die Frage des Sitzes Chinas in den Vereinten Nationen und des zukünftigen Status' von Formosa zum Gegenstand einer „internationalen Erwägung“ gemacht werden könn-

te, wenn erst einmal eine Feuereinstellung vereinbart worden wäre. Dulles, der fast gleichzeitig in Amerika über den Rundfunk sprach, hat einen anderen Ton angeschlagen. Er warnte Peking eindringlich vor den Folgen einer offensiven rotchinesischen Aktion. Ein Kommentator schrieb hierzu, der englische Außenminister habe eine Mohrrübe dargeboten, während der amerikanische Außenminister einen großen Stock geschwungen hätte, und da dies die sprichwörtliche Art und Weise sei, mit widerspenstigen Tieren umzugehen, dürfte das Zusammenwirken von Mohrrübe und Stock gute Erfolgsaussichten haben. Unglücklicherweise ist es gar keine richtige Mohrrübe. Sir Anthony Eden besitzt gar nicht die Macht, sie zu geben. Weder Formosa noch auch Matsu oder Quemoy sind in englischem Besitz und können deshalb auch nicht an die chinesische Volksrepublik gegeben werden, noch stehen sie unter englischem Schutz, der aufgehoben werden könnte. Alles, was die englische Regierung tun kann, ist Hoffnungen und Wünsche äußern. Nur Washington kann darüber entscheiden, welche Konzessionen gegebenenfalls dem kommunistischen China gemacht werden sollen, und Washington befindet sich gegenwärtig nicht in der Geberlaune. Die Vereinigten Staaten sind zur Verteidigung Formosas und der Pescadoreen verpflichtet, wenn diese angegriffen werden, und

sie haben die Verteidigung von Matsu und Quemoy dem Ermessen des Präsidenten anheimgestellt. Bis zu diesem Punkte ist der von Dulles vorgezeigte Stock in weit größerem Maße eine Realität als die Mohrrübe Edens. Aber selbst der Stock ist nicht so fürchterlich, wie er auf den ersten Blick aussieht. Er kann nur eingesetzt wer-

den, wenn die Kommunisten bestimmte Aktionen unternehmen, und solange sie diese nicht unternehmen, kann er sie nicht zwingen, mit den Drohungen aufzuhören, sie würden die Aktionen unternehmen. Mit anderen Worten, er kann nicht dazu verwandt werden, sie zur Einwilligung in eine Feuereinstellung zu bewegen.

Wahl zwischen drei Alternativen

Die rotchinesische Führung hat die Wahl zwischen drei Alternativen. Sie kann einen Waffenstillstand schließen entweder auf der Basis eines militärischen status quo oder als Gegenleistung für die Evakuierung von Matsu und Quemoy durch die Nationalchinesen, aber in jedem Falle unter Verzicht auf einen Angriff auf Formosa. Sie kann eine Feuereinstellung verweigern und auf unbegrenzte Zeit einen „Scheinkrieg“ führen, indem sie unausgesetzt mit einem Angriff droht, unwesentlich lokale Vorstöße durchführt, aber ihre Streitkräfte niemals eine umfassende Offensive unternehmen läßt. Oder sie kann zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt eine Offensive entweder gegen die von den Nationalchinesen gehaltenen Inseln, oder gegen Formosa unternehmen, wenn die vor der Küste liegenden Inseln aufgegeben worden sind. Vom amerikanischen Standpunkt aus wären die zweite und dritte Alternative praktisch nicht zu unterscheiden, weil die amerikanische Regierung und die amerikanischen Generalstäbe ohne ein heimliches Mikrophon bei den Konferenzen des Präsidiums der chinesischen kommunistischen Partei gar nicht wissen können, ob ein ernsthafter Angriff beabsichtigt ist oder nicht. Ein Scheinkrieg, in dem die eine Seite aus bestimmten Gründen nicht angreifen darf, hat für die andere, die die Initiative in der Hand hat, große Vorteile, da sie jeden Augenblick losschlagen kann oder auch nicht. Nichts kann für eine kämpfende Truppe demoralisierender sein wie eine dauernde Alarmbereitschaft für den Fall eines Angriffs, der immer wieder verzögert wird und der nicht durch einen „Störangriff“ vereitelt werden darf. Es ist kaum notwendig, an die Wirkungen des acht Monate dauernden Scheinkrieges 1939/40 auf die Moral der französischen Armee zu erinnern — obgleich in diesem Falle die Passivität des französischen Oberkommandos nicht eine Folge der politischen Entscheidungen gewesen ist, keinesfalls der erste Angreifer zu sein, sondern eine Folge der mangelhaften Bewaffnung und der Abneigung, die Verluste einer großen Offensive auf sich zu nehmen. Im Formosastreit — niemand weiß, ob man es schon einen Krieg nennen soll oder nicht — können die Amerikaner nicht zuerst angreifen, ohne nicht ganz offen den Vorwurf der Aggression auf sich zu laden und ihre eigenen Verbündeten zu verärgern. Sie müssen daher ganz passiv auf einen Angriff warten, der vielleicht niemals — oder plötzlich kommen kann.

Der Vorteil, den die Kommunisten aus dieser Sachlage ziehen, ist so groß, daß sie sich solange in einer „starken Position“ befinden, wie endgültige Feindseligkeiten unterbleiben — und auch dann würden die Kommunisten vermutlich den

Vorteil der ersten Überraschung für sich haben. Da sie selbst der Gefahr eines Angriffs nicht ausgesetzt sind — welche gegenteiligen Behauptungen sie auch immer in ihrer Propaganda aufstellen mögen — haben sie von einer Feuereinstellung nichts zu gewinnen, ausgenommen wenn sie von ihren Widersachern als Gegenleistung wichtige Konzessionen erhalten. Vom amerikanischen Standpunkt aus jedoch wäre eine Feuereinstellung aus zwei Gründen sehr wünschenswert, um nämlich die örtlichen amerikanischen Streitkräfte vom Druck des dauernden Bereitsens zu befreien, einem Angriff begegnen zu können, und um eine Kriegsgefahr zu bannen, die die Vereinigten Staaten von ihren Alliierten zu trennen droht. Die Frage ist nur, welchen Preis Washington für einen Waffenstillstand zu zahlen bereit wäre — wobei stillschweigend vorausgesetzt wird, daß Tschiang Kai-schek wegen seiner Abhängigkeit von der amerikanischen Unterstützung zu jeglicher Regelung seine Zustimmung geben muß. Es wäre sicherlich nicht unvernünftig, in einem Rückzug von Matsu und Quemoy als Gegenleistung für ein ausdrückliches, kommunistisches Versprechen einzuwilligen, sich allen bewaffneten Operationen zur „Befreiung“ Formosas und der Pescadorensen zu enthalten. Aber würde Peking damit zufrieden sein? Dies erscheint höchst unwahrscheinlich. Der Wert der Fukien-Inseln ist nicht so groß, daß er einem Verzicht der chinesischen Kommunisten auf ihr „Recht“, Formosa mit Gewalt zu nehmen, gleichkäme — eine Angelegenheit, von der sie behaupten, sie sei eine völlig interne Rechtsangelegenheit.

Die Linie, die Peking bei Verhandlungen über eine Feuereinstellung einschlagen würde, deutet

der ursprüngliche sowjetische Vorschlag einer internationalen Konferenz und die vor nicht langer Zeit gemachten inoffiziellen Hinweise aus westlichen Kreisen, die den Kommunisten nahe stehen, mit genügender Klarheit an. Was die Kommunisten wollen, sind Verhandlungen über Formosa selbst, über den Status des nationalchinesischen Regimes und eine Feuereinstellung, die von einer politischen Regelung abhängig gemacht wird — mit anderen Worten, während der Friedenskonferenz soll der Scheinkrieg weitergehen und die Drohung mit aktiven militärischen Operationen fortgesetzt werden. Das war der Weg, der in Indochina beschritten worden ist, wo der tatsächliche Kampf nur im Zusammenhang mit der in Genf zustande gebrachten allgemeinen politischen Regelung beendet worden ist, im Gegensatz zu dem in Korea eingeschlagenen Weg, wo schließlich der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, während die politischen Fragen später folgenden diplomatischen Verhandlungen überlassen blieben. Der Unterschied zwischen Indochina und Korea bestand natürlich darin, daß die Franzosen in ersterem Lande eine ernste militärische Niederlage erlitten hatten und nicht in der Lage waren, eine Beendigung der Feindseligkeiten zu erwirken, ohne nicht den wichtigsten politischen Bedingungen des Feindes nachgeben zu müssen, während es in Korea zu einem Stellungskrieg gekommen war, wodurch die Alliierten in der Lage waren, sich den kommunistischen Versuchen zu widersetzen, politische Fragen in die Waffenstillstandsbesprechungen einzuflechten. Im Formosakonflikt sind die Kommunisten nicht die Sieger wie in Indochina. Sie haben nicht einmal gekämpft, sondern drohen nur mit dem Kampf. Deshalb ist der auf den Amerikanern lastende militärische Druck nicht stark genug, um sie zu zwingen, schon vor einem Waffenstillstand politische Fragen zu diskutieren. Sie können darauf bestehen, daß ein Waffenstillstand einer politischen Konferenz, an der sie teilnehmen, vorangehen muß. Wenn sie anders handeln, dann nicht wegen eines Dien Bien Phu, sondern weil Washington von internationalen diplomatischen Bewegungen beeinflusst wird, die auf eine Beruhigung Rotchinas zielen.

Offizielle englische Haltung

Die Sowjets haben eine internationale Konferenz unter Ausschluß der nationalchinesischen Vertreter angeregt. Diese Anregung hatten keinen Erfolg, weil sich ihr nicht nur die Vereinigten Staaten sondern auch England widersetzt haben. Ganz klar wäre in diesem Falle die Zusammensetzung der Konferenzteilnehmer für das Ergebnis ausschlaggebend gewesen, denn die entscheidende Frage war die, ob die Nationalchinesen als eine souveräne Regierung behandelt werden oder nicht, und wenn sie nicht zu einer Länderkonferenz hinzugezogen würden, die einberufen worden war, um über ihre Zukunft zu verhandeln, so würden sie schon vor dem Zusammentreten der Konferenz ihre Sache verloren haben. Wenn andererseits Peking die „verräte-

rische Tschiang Kai-schek-Clique“ als ebenbürtigen Partner für politische Verhandlungen erst einmal anerkannt hätte, dann hätte es in der Frage der Anerkennung des Taipeh-Regimes als besonderen und unabhängigen Staat schon die Mitte des Weges überschritten. Es ist nicht einfach, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Wenn es sich nur einfach darum handelte, einen Waffenstillstand abzuschließen, dann könnte ein amerikanischer Befehlshaber im Namen der Nationalchinesen verhandeln und auf diese Weise die Weigerung der Kommunisten und Nationalchinesen, einander zu begegnen, überbrücken, aber wenn die politische Frage des Status von Formosa zu besprechen ist und andere Nationen an den Verhandlungen teilnehmen, dann kön-

nen die Amerikaner der Ausschließung der Nationalchinesen nicht zustimmen, ohne nicht ihren Vertrag mit Taipeh zu verletzen.

Es besteht kein Grund zur Annahme, daß selbst die chinesischen Kommunisten den Fukien Inseln große Bedeutung beimessen, abgesehen aus rein strategischen, sich auf Formosa beziehenden Gesichtspunkten. Für Peking ist der Haupt-, wenn nicht sogar der einzige Grund, der Besitz Formosas. Es ist die englische Regierung, die aus den Inseln ein besonderes Problem gemacht hat, indem sie sich auf den Standpunkt gestellt hat, sie sollten bedingungslos, selbst ohne Feuereinstellung evakuiert werden. Zwei Gründe gibt es für die offizielle englische Haltung in dieser Angelegenheit. Erstens fürchten die Engländer grundsätzlich den Ausbruch eines Krieges wo auch immer, der auf Europa überspringen könnte, und im besonderen fürchten sie einen Krieg, der den größten Teil der amerikanischen strategischen Macht im Pazifik binden könnte. Da ein bewaffneter Zusammenprall unter allen Umständen vermieden werden soll, wird behauptet, dies Ziel sei leichter zu erreichen, wenn sich die weite Fläche des Meeres zwischen den feindlichen Parteien dehnt, als wenn sie sich in Reichweite der Artillerie gegenüberständen. Zweitens erwächst England aus der Anerkennung des kommunistischen Regimes als der de jure Regierung Chinas eine Verpflichtung. Angesichts dieser Anerkennung und der Fiktion, daß sich England und das kommunistische China in Korea niemals im Kriege befunden haben, hat England nach internationalem Gesetz nicht das Recht, einer rebellischen Regierung auf chinesischem Boden oder einer auswärtigen Macht, die zu ihren Gunsten interve-

niert, Unterstützung zu gewähren. Ihre einzige Begründung für eine Billigung der amerikanischen Formosapolitik kann nur die Unbestimmtheit des rechtlichen Status von Formosa sein, nämlich daß es einst von Japan losgetrennt und China noch nicht formell zurückgegeben worden ist. Aber dieser rechtliche Umstand, auf den sich die englische Regierung jetzt bezieht, erstreckt sich nicht auf Matsu und Quemoy, die niemals von Japan losgetrennt worden sind. Daher der Wunsch, daß ein Zusammenprall, wenn er schon kommt, nicht wegen der Fukien Inseln sondern möglichst wegen Formosa erfolgen sollte, so daß Amerika wenigstens moralisch unterstützt werden könnte, ohne daß nach internationalem Recht dadurch die englischen Verpflichtungen verletzt würden. Für die Amerikaner ist dies kaum ein Problem. Da sie immer diplomatische Beziehungen mit den Nationalchinesen gepflogen und die de jure Anerkennung niemals auf die Volksrepublik ausgedehnt haben, sind sie berechtigt, ihren Verbündeten in jedem Teil seines nominellen Gebietes beizustehen, wenn auch der kürzlich abgeschlossene Bündnisvertrag mit der Nationalregierung ihre Schutzverpflichtungen auf Formosa und die Pescadore beschränkt und Dulles öffentlich erklärt hat, daß Amerika zur Verteidigung von Matsu und Quemoy als solche, d. h. abgesehen von ihrer Beziehung zur Verteidigung Formosas, nicht verpflichtet ist. Soweit die Chinesen selbst betroffen sind, sind die Kommunisten und Nationalchinesen der übereinstimmenden Ansicht — es ist vielleicht die einzige Frage, in der sie der gleichen Ansicht sind — daß Formosa ein Teil Chinas ist und es gegenwärtig keinen Rechtsunterschied zwischen Formosa und den Fukien Inseln gibt.

haben? Die englischen Regierungsvertreter scheinen den Standpunkt zu vertreten, daß die Rotchinesen angesichts des amerikanischen See- und Luftschutzes der Insel gar nicht versuchen werden, die See zu überqueren. Aber da die von einer Unzugänglichkeit der Insel sprechenden militärischen Argumente zur Unterstützung einer Politik herangezogen werden, die von ganz anderen Beweggründen bestimmt wird, könnte es sehr wohl sein, daß in diesem Falle der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Es sind schon tragische Folgen aus der groben Unterschätzung der rotchinesischen Bereitschaft erwachsen, Risiken einzugehen. Man hat nicht geglaubt, daß sie die Kühnheit haben würden, in Korea zu intervenieren, und doch taten sie es. Sie könnten sich sehr wohl sagen, daß das Risiko eines Kampfes mit Amerika allein im Jahre 1955 nicht größer ist als das Risiko eines Kampfes mit Amerika plus 15 anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen 1950. Vielleicht irren sie sich, aber darauf kommt es nicht an. Die Frage ist, welches Risiko ihnen tragbar erscheint für ein Ziel, das ihnen so außerordentlich wichtig ist. Eine Invasion über die Formosa Straße hinüber wäre ein Wagnis, kann jedoch nicht als ausgeschlossen angesehen werden. Die Kommunisten können zahllose kleine Schiffe von der ganzen südkinesischen Küste zum Transport ihrer Streitkräfte sammeln, und ein Oberkommando, das in Korea in voller Überlegenheit die Infanterie über Minenfelder hinweg angreifen ließ, würde nicht zögern, die Hälfte der Schiffe zu opfern, wenn es mit der anderen eine erfolgreiche Invasion zu Wege bringen würde. Die Kommunisten können sich auf geeignete Wetterbedingungen in der Formosa-Straße, die die Einmischung der amerikanischen Luftflotte behindern, auf ihre neuen sowjetischen Düsenflugzeuge und U-Boote, die die 7. Flotte binden, und auf Untergrundbewegungen in Formosa verlassen, die ihnen helfen würden, wenn sie erst einmal ihre Truppen dort gelandet haben. Der bequeme Glaube, daß sich in der Formosa-Straße bestimmt nichts ereignet mit Ausnahme einer zwischen Peking und Taipeh hin- und hergehenden Propagandaschlacht, könnte sich ja bewahrheiten, aber angesichts des rotchinesischen Verhaltens in der Vergangenheit scheint die Wette nicht eben sicher zu sein. Die Zeit der Taifune ist nicht mehr fern, und in diesem Jahr sind es vielleicht nicht nur die Stürme der entfesselten Natur, die in der Chinesischen See toben werden.

Anmerkung:

Professor Dr. Ludwig Dehio ist Ordinarius für neuere Geschichte an der Universität Marburg/Lahn und Herausgeber der „Historischen Zeitschrift“. Geb. 25. 8. 1888 in Königsberg/Pr.

G. F. Hudson ist Direktor des Seminars für Fernöstliche Fragen am St. Antony's Colleg, Oxford.

Welches Risiko ist tragbar?

Die Einwände, die vom amerikanischen Standpunkt aus gegen eine bedingungslose Evakuierung von Matsu und Quemoy gemacht werden, sind zweifacher Art. Erstens, ein Rückzug ohne Feuereinstellung würde nicht zur Garantie verhelfen, daß Formosa selbst in der Folgezeit nicht angegriffen wird. Wenn auch Matsu und Quemoy zur Verteidigung Formosas nicht wichtig sind, so würde ihr Verlust durch Öffnung der Häfen Foochow und Amoy sicherlich die Gefahr einer Invasion erhöhen. Auf diese Häfen hätte sich in der Hauptsache eine Expedition zu stützen. Zweitens, die kampflose Aufgabe Matsus und Quemoy nach der vorangegangenen Evakuierung der Tachen Inseln (die vor der Öffentlichkeit damit gerechtfertigt wurde, daß Matsu und Quemoy dadurch gestärkt würden) könnte

wohl die Moral der Nationalchinesen in einem Maße absinken lassen, daß kein Verlaß mehr auf sie wäre, wenn Formosa in nächster Zeit angegriffen würde. Die Amerikaner könnten nichtsdestoweniger wegen der Schwierigkeit, Matsu und Quemoy gegen einen ernsthaften Angriff zu verteidigen oder um mit England zu einer besseren politischen Koordinierung zu gelangen, auf Tschiang Kai-schek einen Druck ausüben, seine Streitkräfte von dem vorgeschobenen Posten nach Formosa zurückzuziehen. Wenn sie dies tun, werden sie ein gewisses Risiko für die Verteidigung Formosas selbst laufen, was diejenigen nicht übersehen können, die für die amerikanische Strategie verantwortlich sind.

Welche Chancen würde ein ernsthafter kommunistischer Versuch einer Eroberung Formosas